

18. FASTENFISCHESSEN DES BDO

Nach Nordfrankreich in Berlin-Mitte

Ernste Diskussionen und gute Stimmung müssen kein Widerspruch sein. Das hat am 21. Februar der Parlamentarische Abend des bdo in der Geschäftsstelle in Berlin-Mitte gezeigt. Gut 250 Entscheider aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung waren dorthin zum 18. Fastenfischessen gekommen, um unter anderem über fairen Wettbewerb und die Sozialvorschriften für den Busverkehr zu diskutieren. Aus dem politischen Zentrum der Hauptstadt waren beispielsweise die beiden Parlamentarischen Staatssekretäre im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann und Norbert Barthle, der Einladung gefolgt. Gut 30 weitere Fachpolitiker aus dem Deutschen Bundestag zeigten sich ebenfalls unter den Gästen. Mit Speisen und der Dekoration wurden sie in diesem Jahr in den Norden Frankreichs entführt.

Experten für Verkehr, Tourismus und Wirtschaft waren zugegen, um über die vielen aktuellen Themen rund um ÖPNV, Fernbusmarkt und Bustouristik zu sprechen. Zu den Diskutanten zählten beispielsweise die verkehrspolitischen Sprecher von FDP und Bündnis 90/Die Grünen: Oliver Luksic und Stephan Kühn. Auch Marlene Mortler, die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, nahm den Weg in die Reinhardtstraße auf sich. Und als Gastrednerin hatte mit Daniela Ludwig die neue verkehrspolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag zugesagt. Gleiches gilt ebenso für weitere bekannte Gesichter und Ansprechpartner des bdo, darunter etwa Michael Donth und Matthias Gastel.

Karl Hülsmann richtete nach einer herzlichen Begrüßung in seiner ersten Fastenfischessen-Rede als bdo-Präsident auch so manchen Appell an die anwesenden Politiker. Er rief unter anderem nach verbesserten Sozialvorschriften für die Branche. Konkret forderte er aufgrund der besonderen Verantwortung im Personenverkehr auch passende eigenständige Lenk- und Ruhezeiten für Busfahrer losgelöst von den Regelungen im Güterverkehr. „Wir wollen die Trennung“, unterstrich Hülsmann mit Blick auf die bisher vorgenommene Gleichbehandlung von Bus- und Lkw-Fahrern.

Der Ruf nach fairem Wettbewerb zwischen privaten und kommunalen Unternehmen war ein weiterer Schwerpunkt in Hülsmanns Rede. Der Wettstreit sei aufgrund der anhaltenden Kommunalisierungswelle, so Hülsmann weiter, nicht mehr gerecht. Darunter leiden zuerst die privaten Unternehmen, dann Qualität und Attraktivität im ÖPNV – sowie letztlich vor allem auch Fahrgäste und Umwelt. Hülsmann

nutzte in diesem Zusammenhang die Gelegenheit, um an die Situation seines Vorgängers Wolfgang Steinbrück zu erinnern und dankte ihm ausdrücklich für den langjährigen Einsatz und die damit verbundenen Leistungen an der Verbandsspitze.

Mit Blick auf anhaltende Debatten rund um die Weiterentwicklung des ÖPNV erinnerte Hülsmann an die hervorragende Umweltbilanz des Busverkehrs. Dieses Potenzial gelte es in Zeiten von schlechten Luftwerten zu nutzen. Dafür müssten aber, so Hülsmann, die entsprechenden Rahmenbedingungen für private Unternehmen gegeben sein. „Private Verkehrsunternehmen können den ÖPNV effizienter planen und organisieren als kommunale Anbieter – und dadurch die notwendigen Ausgleichsleistungen gering halten“, formulierte Hülsmann weiter. „Wir brauchen dabei aber eine klare Regelung für transparente und faire Finanzierungsstrukturen mit allgemeinen Vorschriften.“

Die Gastrede des Abends hielt die verkehrspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestags-

fraktion, Daniela Ludwig. Sie fand dabei zunächst viele freundliche Worte für die angenehme Stimmung beim Fastenfischessen, das sie dafür treffsicher als „die vermutlich beliebteste WG-Party in Berlin-Mitte“ bezeichnete.

Inhaltlich stützte Ludwig in der Folge unter anderem noch einmal den Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit, der so auch im Entwurf zum neuen Koalitionsvertrag festgehalten sei. „Der Vorrang der Eigenwirtschaftlichkeit bleibt“, unterstrich sie. Weiter sagte Daniela Ludwig zu den Themen der Branche: „Es ist gut, dass es weiterhin keine Bus-Maut gibt.“ Die Unions-Politikerin sprach sich dabei nicht nur für den mittlerweile etablierten Fernverkehr mit Bussen aus, sondern wendete sich auch deutlich gegen die gewerbesteuerliche Hinzurechnung bei touristischen Leistungen. Auf offene Ohren und Zufriedenheit stieß eine Zusicherung, mit der Ludwig ihre Rede schloss. Sie unterstrich, dass ihre Fraktion sich den Interessen der privaten Busunternehmen verpflichtet fühle und deren Sorgen im ÖPNV kenne.



bdo-Präsident Karl Hülsmann mit der verkehrspolitischen Sprecherin der Union, Daniela Ludwig, bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard und Enak Ferlemann, Parl. Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium (v. l. n. r.)



Christiane Leonard (li.) und die stellvertretende bdo-Hauptgeschäftsführerin Anja Ludwig nehmen den verkehrspolitischen Sprecher der FDP im Bundestag, Oliver Luksic, in die Mitte



Stephan Kühn, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, mit Christiane Leonard, Anja Ludwig und VDV-Geschäftsführer Dr. Jan Schilling (v. l. n. r.)

© bdo/Michael Fahrig (Fotograf)

KONJUNKTURUMFRAGE 2017/2018

Zeit für einen Kurswechsel im ÖPNV

Eine leistungsfähige Branche sendet Warnsignale. In dieser Form lässt sich eines der eindringlichsten Ergebnisse der neuen Konjunkturumfrage des bdo wohl am besten fassen. Auch wenn die Zahlen wieder einmal so vielfältig sind wie das Busgewerbe, muss doch festgehalten werden: Die wachsenden Hürden und Hemmnisse drohen mehr und mehr Unternehmer allzu stark zu belasten. Dies berichten insbesondere jene, die im Bereich ÖPNV tätig sind. Zufriedener zeigen sich im Vergleich dazu die Unternehmer im Fernlinienverkehr. Der Geschäftsbereich erlebt eine Stabilisierung auf hohem Niveau. Unternehmer äußerten sich so bei der Konjunkturumfrage erneut durchweg positiv – etwa zu Umsatz, Gewinn und dem Ausblick auf die weitere Geschäftsentwicklung.

Etwas weniger euphorisch zeigte sich die Bustouristik. Das Urteil zur Geschäftslage fällt in diesem Segment zwar weitestgehend zufriedenstellend aus. Die Werte bleiben in vielen Bereichen stabil zum Vorjahr. Die Rendite ist jedoch eingebrochen. Rund 39 Prozent der Unternehmen hatten mit einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung zu kämpfen. Nur knapp ein Viertel der Omnibusunternehmen gab eine gestiegene Rendite an. Der bdo führt dies auf die wachsenden bürokratischen Hürden insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr und den zunehmenden administrativen Aufwand zurück. Die Branche ruft daher nach verbesserten Rahmenbedingungen, mit denen die Potenziale des Bustourismus für Beschäftigung

und Wachstum weiter ausgeschöpft werden können.

Noch deutlicher – um nicht zu sagen: schrillender – sind die Warnsignale im Bereich ÖPNV. Hier liegt der Anteil an Unternehmen, die das Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr als schlechter bewerten, bei 27 Prozent. Das sind 10 Prozentpunkte mehr als im Jahr zuvor. Das Urteil über Umsatz und Rendite in 2017 zeigte ebenfalls einen deutlichen Abwärtstrend. Insbesondere der Umfragewert für die Rendite ist stark eingebrochen. Fast 40 Prozent der Befragten mussten hierbei eine negative Entwicklung konstatieren. Lediglich 16 Prozent konnten diesbezüglich positiv zurückblicken.

Das Stimmungsbarometer für die Zukunft zeigt folgerichtig auch einen schlechten Wert. 38 Prozent der privaten Busunternehmen rechnen für den ÖPNV mit ungünstigeren Ergebnissen. Nur 13 Prozent gehen hingegen von einem günstigen Trend aus. Aus Sicht des bdo markieren die Umfrageergebnisse die logische Folge einer bereits länger anhaltenden Entwicklung, die mitunter Einschränkungen im Wettbewerb und administrative Hürden mit sich gebracht hat. Ein anhaltender Trend zur Kommunalisierung droht, so die Folgerung des bdo aus den Zahlen, die effizienten privatwirtschaftlichen Strukturen im ÖPNV zu zerstören.



Am Puls der Branche: die bdo-Konjunkturumfrage 2017/2018

ren. Dieser braucht einen Kurswechsel. Alle Zahlen und Informationen zur aktuellen Konjunkturumfrage sind im Internet zu finden unter www.bdo.org/publikationen.

VORSCHLAG DER BUNDESREGIERUNG ZUR ERPROBUNG EINES KOSTENLOSEN NAHVERKEHRS

Hülsmann ruft nach offenem Dialog über Zukunft des ÖPNV

Der Vorschlag sorgte tagelang für Gesprächsstoff in ganz Deutschland: In einem Schreiben an die EU-Kommission hatte die Bundesregierung die Idee formuliert, in mehreren Städten probeweise den ÖPNV kostenlos anzubieten. bdo-Präsident Karl Hülsmann zeigte sich zunächst verwundert über diesen Vorstoß. „Die von der Bundesregierung angedachten Maßnahmen werden ihr Ziel verfehlen“, sagt der bdo-Präsident voraus, „da sie sich ausschließlich an Stadtgrenzen orientieren und dabei die täglich in die Zentren einfallenden Pkw-Ströme aus dem Umland nicht berücksichtigen. Diese tragen allerdings zu einem großen Teil zur Luftverschmutzung in den Städten bei.“

sowie den öffentlichen und privaten Verkehrsunternehmen – einen sinnvollen Dialog über die zukünftige Planung und Organisation sowie die Finanzierung der öffentlichen Personenbeförderung zu führen. „Es gibt in Deutschland einen breiten gesellschaftlichen Konsens darüber, dass wir mehr öffentlichen Verkehr wollen“, sagte der bdo-Präsident zum Ausgangspunkt der Debatte. „Jetzt müssen wir im zweiten Schritt ernsthaft diskutieren, wie wir auch die Fahrgäste in den ÖPNV bekommen, die bisher den Pkw genutzt haben. Das sind vor allem die vielen Pendler.“

Zu den Voraussetzungen für einen Beitrag der privaten Busunternehmen zur Steigerung der Fahrgastzahlen sagte Hülsmann: „Wir brauchen eine klare Regelung für transparente und faire Finanzierungsstrukturen mit allgemeinen Vorschriften. Wenn wir es damit möglich ma-

chen, dass sich das Potenzial und die Leistungsfähigkeit der privaten Unternehmen voll entfalten, können wir den gewünschten ÖPNV-Ausbau mit vergleichsweise geringeren Kosten stemmen. So wird es doch überhaupt erst möglich, die Umwelt und die Gesundheit der Menschen zu schützen.“

IMPRESSUM

Herausgeber

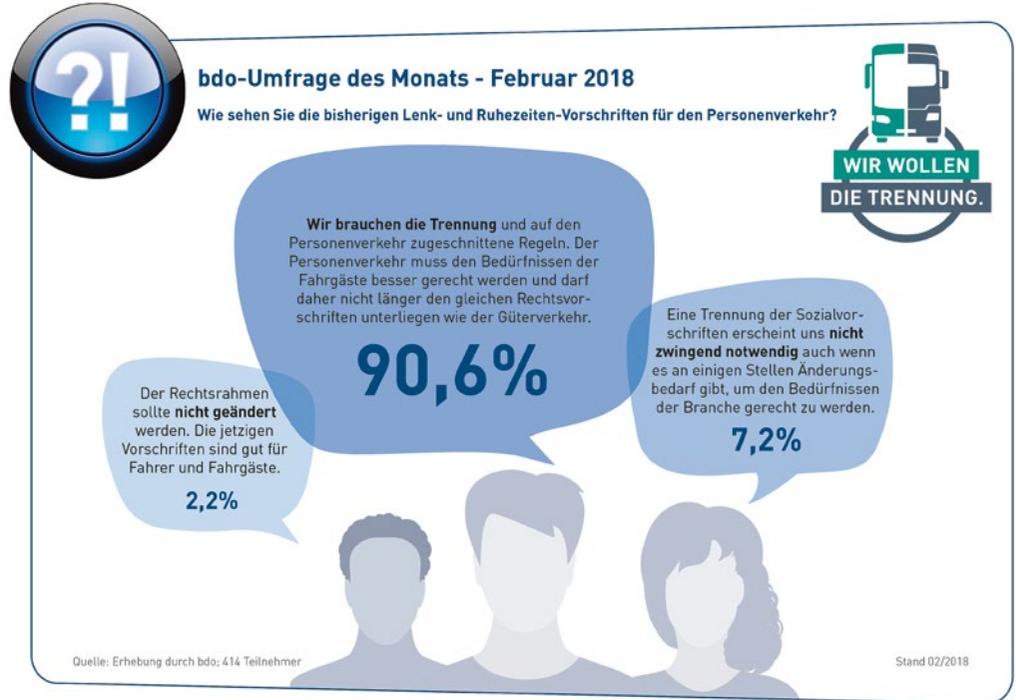
Bundesverband Deutscher
 Omnibusunternehmer (bdo)
 Reinhardtstraße 25
 10117 Berlin
 Telefon 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -3 00
 Telefax 00 49 / (0) 30 / 2 40 89 -4 00
 Internet: www.bdo.org
 E-Mail: info@bdo.org
V.i.S.d.P. Christian Wahl
Redaktion Christian Wahl

UMFRAGE DES MONATS FEBRUAR

Eindeutiges Votum für Veränderungen

Es ist ein lauter und klarer Ruf aus der Branche. Mit Blick auf die bisherigen Lenk- und Ruhezeiten für den Personenverkehr haben 90 Prozent der Teilnehmer einer bdo-Umfrage im Februar klar gesagt: Wir brauchen neue Regeln, die auf die Bedürfnisse der Fahrgäste zugeschnitten sind. Dass Änderungen gar nicht notwendig sind, sahen lediglich etwas mehr als 2 Prozent der Befragten. Im politischen Umfeld würde man von einem Erdrutschsieg sprechen.

Diese eindeutige Haltung der Unternehmer passt zur Ausrichtung der aktuellen Verbandsarbeit. Der bdo trägt das Thema – unter anderem gemeinsam mit der internationalen Vereinigung der Straßentransportverbände IRU – seit Jahresbeginn verstärkt in die Öffentlichkeit. Der Ruf nach einer eigenständigen Regelung soll im Rahmen einer Kampagne auch bis zu den Entscheidungsträgern in der Politik dringen. Insbesondere in Brüssel sieht der bdo Ansatzpunkte. Denn das aktuelle Maßnahmenpaket der EU-Kommission zur Modernisierung der Mobilität in Europa (Mobility Package) bietet die Gelegenheit, endlich die notwendige Trennung zu vollziehen – im Sinne der Fahrgäste und der Busfahrerinnen und



Busfahrer. Es ist an der Zeit, anzuerkennen, dass Fahrgäste keine Farbfernseher sind und sich daher die Aufgaben von Bus- und Lkw-Fahrern deutlich unterscheiden.

Nicht einstimmig, aber eindeutig: das Ergebnis der bdo-Umfrage des Monats im Februar 2018

KURZ NOTIERT

bdo fordert Korrektur der Förderung und Anerkennung

Am 26. Februar informierte das Bundesumweltministerium über eine Richtlinie zur Förderung von E-Bussen. Bis zu 80 Prozent der Mehrkosten beim Kauf sollen übernommen werden. Die Gestaltung der Richtlinie lässt jedoch den privaten Mittelstand in der Praxis außen vor – mit einer Mindestabnahme von sechs Fahrzeugen. „Der Schutz von Umwelt und Gesundheit fängt nicht beim sechsten Neufahrzeug an, sondern beim ersten“, sagte bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard zu den Plänen aus dem Bundesumweltministerium. Der bdo fordert daher Nachbesserungen.

Am 27. Februar verkündete das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig seine Entscheidung in Hinblick auf Dieselfahrverbote. Städte und Gemeinden können seitdem eigene Regelungen finden und Fahrzeuge ausschließen. bdo-Präsident Karl Hülsmann mahnte: „Busse tragen als öffentliches Verkehrsmittel entscheidend dazu bei, die Zahl der Pkw – und damit auch die Menge der Abgase – in den Innenstädten zu reduzieren. Wir appellieren an Entscheidungsträger, die wichtige Rolle des öffentlichen Verkehrs mit Bussen anzuerkennen und sie von etwaigen Fahrverboten auszunehmen.“

BDO-AUSSCHÜSSE DISKUTIEREN UMWELTFRAGEN UND DAS BRANCHENIMAGE

Wenig Emission bringt viel Reputation

Es ist ein wenig wie bei einer Gruppenarbeit in der Schule. Auch wenn die Busbranche ihre Hausaufgaben in Umweltfragen in den letzten zwei Jahrzehnten vorbildlich gemacht hat: Sie gerät trotzdem in der öffentlichen Diskussion über schlechte Luftwerte in den Negativsog, den allein andere – dem Bild entsprechend die „Mitschüler“ aus dem Pkw-Sektor – zu verantworten haben.

Vor dem Hintergrund anhaltender öffentlicher Debatten über die Abgaswerte in Städten sowie die Rolle des Busverkehrs bei der Reduzierung der Verkehrsemissionen haben die bdo-Ausschüsse für Öffentlichkeitsarbeit sowie für Technik, Sicherheit & Umwelt am 21. Februar den aktuellen Stand gemeinsam diskutiert.

Einen Bericht über die Abgas-Untersuchungen des ADAC zur Nachrüstung von Dieselnissen lieferten Thomas Kassner, Vorstand Technik & Umwelt beim ADAC Württemberg, und Dino Silvestro vom ADAC Technikzentrum Landsberg. Ihr Fazit: Eine deutliche Abgasverbesserung ist mit vergleichsweise geringem Auf-

wand möglich. Danach vermittelte Oliver Hoch, Programm Manager Elektromobilität bei der NOW GmbH, in seinem Vortrag Informationen zum aktuellen Stand der Fördermöglichkeiten für E-Fahrzeuge. In der anschließenden Diskussion stellten die Teilnehmer heraus, dass Fördermittel nicht zum Hebel für eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der privaten Busunternehmen werden dürfen. Genau das passiere aber gerade.

In der Folge ging es darum, zu analysieren, wie sich schlechte Luftwerte, Diesel-Diskussionen und Elektromobilität auf das Image des Busverkehrs in Deutschland auswirken. Dr. Christof Biggeleben, Chief Creative Officer der Kommunikationsagentur Ressourcenmangel, und sein Kollege Jonas Gulde, Projektleiter für politische Kommunikation, referierten über Maßnahmen im Feld der Kommunikation komplexer Themen in der Öffentlichkeit. Die vielen aktuellen Diskussionen um Gesundheit und Umweltschutz sind, so die Experten, letztlich eine große Chance für die Busunternehmen. Gerade jetzt könnten Grundlagen für ein neues, noch besseres Bild des Busverkehrs gelegt werden.

WBO EMPFÄNGT DR. NICOLE HOFFMEISTER-KRAUT

Wirtschaftsministerin zu Gast beim WBO

Baden-Württembergs Wirtschaftsministerin, Frau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, besuchte am 21. Februar den WBO in Böblingen zu einem informativen Austausch mit Omnibusunternehmern aus dem ganzen Land. Neben Fragen zur ÖPNV-Finanzierung wurden in der angeregten und teilweise emotionalen Diskussion auch bus-spezifische Themen wie die umstrittene Zwölf-Tage-Regelung im Reiseverkehr, Entsprechungen und die überbordende Bürokratie angesprochen. Ministerin Hoffmeister-Kraut zeigte sich überzeugt von der mittelständischen Struktur im Busgewerbe und versprach, die angesprochenen Fragen und Anliegen mit nach Stuttgart zu nehmen.

„Vor Ihnen sitzen Busunternehmerinnen und Busunternehmer aus ganz Baden-Württemberg“, begrüßte der WBO-Vorsitzende Klaus Sedelmeier die Ministerin. „Ihre Unternehmen

sind tief verwurzelt in der jeweiligen Region. Es muss für sie auch in Zukunft möglich sein, Verkehrsleistungen eigenwirtschaftlich zu erbringen, so, wie es das Personenbeförderungsgesetz vorsieht. Das vom Landtag geforderte Bündnis für den Mittelstand im ÖPNV kommt nicht so recht in die Gänge, da braucht es tatkräftige Unterstützung aus dem Wirtschaftsministerium, damit kleine mittelständische Busunternehmen weiter eine Zukunftsperspektive haben.“

„Der ÖPNV – und mit ihm der Busverkehr – ist eine wesentliche Voraussetzung für eine zuverlässige Mobilität der Menschen im Land und damit ein wichtiger Standortfaktor für Baden-Württemberg. Ein engmaschiger Busverkehr stellt sicher, dass täglich Hunderttausende Menschen wohlbehalten zur Schule, zur Arbeit oder zu privaten Terminen gelangen. Dabei sind es die mittelständischen Bus-



Dr. Witgar Weber, Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut und Klaus Sedelmeier im Gespräch (v. l. n. r.)

unternehmen, die den ÖPNV in der Fläche aufrechterhalten. Diese besondere mittelständische Struktur zu erhalten, ist mir als Wirtschaftsministerin ein besonderes Anliegen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass auch die mittelständischen Busunternehmen im Land eine gute Zukunft haben“, betonte die Ministerin im Gespräch.

WEITERES BDO-ENGAGEMENT ZUM MOBILITY PACKAGE

Gute Gespräche auf europäischer Ebene



Kai Neumann und Anja Ludwig mit dem lettischen Europaparlamentarier Roberts Zile

Etwas salopp formuliert, ließe sich an einen mittlerweile etwas angestaubten Film erinnern. Unter dem Titel „Und täglich grüßt das Murmeltier“ konnten Kino-Besucher vor 25 Jahren beobachten, wie die Hauptfigur des Streifens wieder und wieder die gleichen Geschehnisse eines Tages erlebt. Ganz ähnlich geht es der Hauptgeschäftsführung des bdo in Hinblick auf die Aktivitäten in Brüssel. Seit Wochen und Monaten sucht der Verband dort ein ums andere Mal das Gespräch mit Vertretern aus dem Europäischen Parlament, um mit ihnen die vielen Facetten des Mobility Package zu diskutieren. Ziel ist es, auf die Bedrohungen für die Busbranche hinzuweisen, die mit den vorliegenden Vorschlägen in jetziger Form einhergehen.

Am 28. Februar stand unter anderem ein Treffen mit dem Europaparlamentarier Roberts Zile auf dem Programm. Der Ökonom aus Lettland arbeitet inhaltlich zu den Themen



IRU-Präsident Christian Labrot, Anna Grönlund, Vizepräsidentin im CTP der IRU, Mikael Persson vom schwedischen Busverband, Christiane Leonard und IRU-Generalsekretär Umberto de Pretto

Tourismus und Verkehr. Mehr noch: Er hat im Verkehrsausschuss des Parlaments die Rolle als Berichterstatter zur Verordnung 1073/2009 inne, die den Zugang zum grenzüberschreiten-

den Personenkraftverkehrsmarkt regelt. Zile ist somit ein wichtiger Ansprechpartner für die Busbranche in Europa, der vom bdo mit vielen Informationen und Hinweisen ausgestattet wurde.

Weitere Bestandteile der Arbeitsreise nach Brüssel waren – neben anderen Gesprächen mit europäischen Politikern – auch die Veranstaltungen der internationalen Vereinigung der Straßentransportverbände IRU. Dazu gehörten die Sitzung des Passenger Transport Council, in dem die Personenverkehrsverbände sich gezielt austauschen und abstimmen. Auch der Spring Cocktail der IRU stand auf dem Programm. Dabei kamen führende Stakeholder aus den Bereichen Transport und Verkehr aus ganz Europa zusammen. Insbesondere der internationale Austausch zum Mobility Package der EU wurde hier gepflegt.

KURZ NOTIERT

Seminare, Sport und Networking in Bad Kleinkirchheim

Am 13. Januar startete das AJO-BusNetzwerk des NWO zu seiner 33. Tagung nach Bad Klein-Kirchheim. Das Seminarprogramm hatte auch in diesem Jahr einiges zu bieten: In Workshop I tauschten sich die Teilnehmer beispielsweise über Chancen und Fallstricke verschiedener Wege der Mitarbeitergewinnung aus. In der „Aktuellen Stunde“ brachte Steuerberater Bodo Korzeniewsky die AJO-Teilnehmer auf den neuesten Stand zum Thema „Gewerbesteuerrechtliche Hinzurechnung von Hotelleistungen bei Reiseveranstaltung“. Zum Skifahren und Snowboarden stand bei perfekten Schneeverhältnissen vor traumhaftem Alpenpanorama viel Platz zur Verfügung. Wer wollte, konnte sich auch durch das Wanderprogramm des Hotels in traumhafte Winterlandschaften entführen lassen oder eine Wellness- und Saunalandschaft im Hotel erleben. Und natürlich ließen auch die Abendveranstaltungen in diesem Jahr wieder nichts zu wünschen übrig. Wer neugierig geworden ist, kann sich vormerken, dass die 34. AJO-Tagung im Januar 2019 nach St. Leonhard im Pitztal führt.